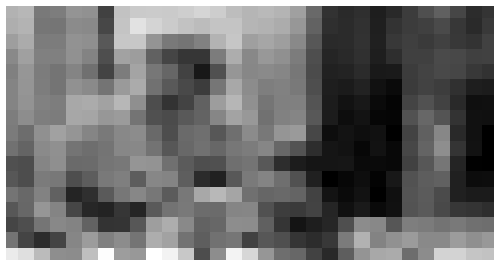


## AKTUELL

Ökologisch sinnvoll?  
Wirtschaftsminister Krecké bei  
der Unterzeichnung  
einer Konvention mit der  
Firma Biocardel.



## BIOENERGIE

# Nicht ,per se' sinnvoll

Richard Graf

**Der Meco sieht zwar Chancen im Bereich der Biomassenutzung, kann sich der daran gekoppelten Euphorie aber nicht anschließen.**

Biomasse, Bioenergie, Bioethanol, Biodiesel - nur weil Bio draufsteht, ist die Nutzung von nachwachsenden Energieträgern nach Meinung des Mouvement écologique nicht automatisch ökologisch sinnvoll. Im Gegenteil: Für die Meco-Präsidentin Blanche Weber bergen einige der in letzter Zeit propagierten Vorhaben in Sachen Bioenergie echte Gefahren für die Umwelt. Um dies zu vermeiden, sollte eine Nutzung von Bioenergie nur dann erfolgen, wenn deren Gewinnung umwelt- und naturverträglich ist, sie energetisch effizient vonstatten geht und die Emission von Schadstoffen möglichst gering ist.

Statt ziellos die verschiedensten Bioenergieträger zu propagieren, schlugen die Meco-Sprecher Roger Schauls und Claude Neuberg anlässlich einer Pressekonferenz vor, eher auf Energiesparen und -effizienz bei den bestehenden Energieformen zu setzen. Zusammengefasst: Die - sinnvolle - Nutzung von Biomasse wird zwar begrüßt, die daran gekoppelte Euphorie wollen die Umweltschützer aber nicht teilen.

Sinnvoll wäre eine Nutzung von ohnehin anfallenden Bioabfällen, wie etwa bei der Viehhaltung und der Grün- und Landschaftspflege. Ebenso wichtig wäre die Nutzung von festen oder flüssigen Abfällen aus der Nahrungsmittelindustrie sowie Schlachtabfällen. Auch organische Siedlungsabfälle und Klärschlamm lassen sich in Biogasanlagen umweltgerecht verwerten. Allerdings wird die erwünschte hohe Energieeffizienz vor allem in kleineren, dezentralen Biogasanlagen erreicht, insbesondere wenn diese so ausgelegt sind, dass sie auch zur Wärmenutzung dienen. Statt weniger als 20 Prozent Effizienz, wie sie etwa bei der Biodieselgewinnung erreicht wird, könnte eine Nutzung

von Biomasse in einer Kraft-Wärme-Kopplung einen Wirkungsgrad von 80 Prozent erreichen.

Allerdings steht dieser Entwicklung die derzeitige Förderpolitik im Wege. Da eher auf eine Subvention der Investitionskosten als auf einen hohen Einspeisepreis für die so produzierte Energie gesetzt wird, werden die Betreiber von Großanlagen bevorzugt. Kleinere Initiativen scheitern hingegen an der aussichtslosen Finanzierung ihrer Anlagen.

Was den Anbau spezifischer Energiepflanzen anbelangt, gibt sich der Meco betont reserviert: Damit die favorisierte Lebensmittelproduktion nicht zu stark zurückgedrängt wird, sollte ohnehin nur eine sehr beschränkte Fläche für Energiepflanzen genutzt werden. Und auch hier sollte es zu einem Mischfruchtanbau kommen, der vor allem die Eigenversorgung der landwirtschaftlichen Betriebe im Visier hat.

## Bioethanol und Biodiesel? Nein Danke

Eine klare Absage erteilt der Meco der Produktion von Biodiesel und Bioethanol. Die bereits erwähnte niedrige Energieeffizienz und vor allem die geringe Naturverträglichkeit, wie etwa beim konventionellen Rapsanbau, sprechen gegen den Anbau solcher Energiepflanzen. Besonders absurd wird das Ganze, wenn die zur Herstellung von Biokraftstoffen benötigten Rohstoffe aus dem Ausland importiert werden. Entsprechend skeptisch wird das Biocardel-Vorhaben zwischen Bettembourg und Dudelange gesehen. Zwar herrsche in den Meco-Reihen das „Prinzip Hoffnung“. Deshalb versuche man weiter darauf einzuwirken, dass in diesem Werk der Einsatz von importierter Biomasse vermieden wird. Doch deute allein die Größenordnung der Anlage darauf hin, dass hier von einem ökologischen Ansatz kaum die Rede sein könne.

## SHORT NEWS

## Greenpeace : le tort d'avoir eu raison

C'est une première : Greenpeace international vient d'être jugé coresponsable, tout comme la fondation Greenpeace Luxembourg, de l'action de blocage des stations Esso au Luxembourg par l'Asbl. Greenpeace Luxembourg en 2002. « Cette extension du principe de responsabilité nous inquiète », explique Paul Delaunois, directeur de la section luxembourgeoise de l'ONG. Ainsi, la fondation pourrait voir son statut d'utilité publique contesté si de tels jugements se multipliaient. « C'est comme une épée de Damoclès », rouspète le directeur. A l'époque, Greenpeace avait épinglé Esso pour son soutien au candidat Bush, en échange de la promesse de se retirer de Kyoto. Lors du premier jugement, l'opinion publique n'était pas encore sensibilisée à la problématique climatique et l'action pouvait apparaître comme irresponsable. Aujourd'hui, c'est Esso qui passe pour irresponsable.

## Question merdique

Dans une question parlementaire, le député ADR, Robert Mehlen dévoile deux choses à la fois : premièrement qu'il considère l'art contemporain comme « non-art », deuxièmement qu'il ne dispose pas d'internet ou du moins qu'il ne sait pas s'en servir. Mehlen a, semble-t-il, mal digéré l'exposition « Cloaca » de Wim Delvoye au Casino et au Mudam. D'emblée, il refuse à « Cloaca » la dénomination d'œuvre d'art. Ensuite, il veut savoir qui décide des expositions, combien coûte « Cloaca » et si l'Etat a acheté une de ces machines. Réponse un : le Casino, deux : voir rapport du ministère et trois : non, elles sont empruntées. Mais si Mehlen veut vraiment tirer quelque chose de la « Cloaca », il n'a qu'à demander que les fèces produites soient données aux paysans pour qu'il puissent les utiliser sur les tas de fumier ou dans les conteneurs de biogaz. Ce serait au moins une belle synergie, non ?

## Cours de rattrapage

Quelque deux semaines après la présentation publique de la campagne des jeunesses de droite de la Grande région contre les « extrémismes », sept organisations situées à gauche viennent de répliquer. Le communiqué souligne entre autres que « cette sorte d'amalgame rappelle les pires propagandes de tendance totalitaire du 20e siècle et 'bagatellise' (sic) les plus horribles crimes de l'histoire, notamment l'Holocauste. La campagne des jeunes de droite ne fait en effet pas dans la nuance : selon eux, la gauche radicale vaut l'extrême droite et ils n'hésitent pas à comparer Ben Laden à Che Guevara. Mais les sept organisations de gauche se montrent confiantes « dans le pouvoir de discernement et l'intelligence des jeunes qui ne sont pas dupes d'un tel amalgame entre dictateurs fascistes et combattants de la liberté et de la justice sociale ».

## Einheit auf unterem Niveau

Kurz bevor die Privatbeamten- und die Arbeiterkammer einen gemeinsamen Bericht zur Einführung des Einheitsstatuts vorlegen sollen, meldet sich „déi Lénk“ mit einer detaillierten Stellungnahme zu Wort. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall soll fortan für alle Arbeitnehmer vom Arbeitgeber und nicht von der Krankenkasse übernommen werden. Damit erhöht sich die Abhängigkeit der Arbeitnehmer, da sie im Streitfall ihren Lohn vor Gericht einklagen müssen. Dass die ursprünglich von den beiden großen Gewerkschaften vorgeschlagene Zahlung durch die Krankenkasse nicht beibehalten wurde, sei vor allem auf Druck der Versicherungsbranche geschuldet. Die hofft jetzt auf ein einträgliches Geschäft, weil einzelne Arbeitgeber sich auf privatem Weg rückversichern werden. Nachteile bestehen auch bei der Überstundenregelung. Zwar gebe es demnächst mehr Bares, doch werden diese Gelder weder bei der Lohnfortzahlung, noch bei der Berechnung der Renten berücksichtigt. Die Linken bedauern zudem die Abschaffung der demokratischen Kontrolle der Kassen durch die Arbeitnehmer: Der Rentenfonds wird fortan von einem Komitee im stillen Kämmerlein verwaltet - dem zur Hälfte Vertreter des Finanzplatzes angehören.